

An die Mitglieder
des ver.di- Bundesvorstandes
des Gewerkschaftsrates
der Bundestarifkommission

Liebe Kolleginnen,
liebe Kollegen,

mit Empörung stellen wir fest, dass Spitzenfunktionäre unserer Organisation in die Tarifrunde 2005 im Öffentlichen Dienst ohne eine Forderung gehen wollen. Angeblich soll das Ergebnis der Prozessvereinbarung für ein neues Tarifrecht ÖD zu einer hohen Kostenbelastung der Arbeitgeber führen und deshalb diese Vorgehensweise rechtfertigen.

Wir können diese Diskussion weder nachvollziehen noch unterstützen.

1. Die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes haben in den letzten Monaten ebenso wie alle anderen einen Inflationsausgleich verdient.
2. Auch sie tragen durch die immer weitergehenden Verwaltungsmodernisierungen zum gesellschaftlichen Produktivitätsfortschritt bei, deshalb müssen auch sie an einem entsprechenden Ausgleich teilhaben.
3. Wenn die gesellschaftliche Argumentation, dass die deutsche Wirtschaft dringend einer Stärkung der Binnennachfrage bedarf glaubhaft bleiben soll, muss auch für die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes eine Einkommensverbesserung her.
4. Die bisher bekannten Zwischenergebnisse der Prozessvereinbarung bringen den Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes keine materiellen Vorteile und die neue Entgeltstruktur soll erst Ende 2006 umgesetzt werden. Selbst wenn gute Ergebnisse erzielt würden, dürfte das nicht mit Lohn- und Gehaltsverzicht kompensiert werden.
5. Die TdL ist wegen der einseitigen Kündigungen der Arbeitszeit, der Sonderzuwendung und des Urlaubsgeldes nicht an den Modernisierungstarifverhandlungen beteiligt. Durch die Kündigungen sind die neu eingestellten Beschäftigten in diesem Bereich bereits jetzt von massiven Einkommens Kürzungen betroffen. Gerade hier sind Lohn- und Gehaltsforderungen mehr als notwendig.

Die Inflationsentwicklung und für alle Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen spürbare Kostenbelastungen durch eine verfehlte staatliche Sozial- und Finanzpolitik sowie die oben aufgeführten Argumente begründen eine berechtigte Forderung von rund 4%, um die Einkommen zu sichern (vgl. IGM-Forderungen).

Wir befürchten, dass ein Verzicht auf eine allgemeine Lohnrunde unsere gewerkschaftliche Basis im Betrieb verschlechtert, weiteren Mitgliederschwund forciert und unsere organisierte Kampfkraft erheblich schwächt. Auch das gemeinsam mit dem DBB veröffentlichte Eckpunktepapier zum Beamtenrecht hat zur Verunsicherung vieler aktiver Funktionäre und Funktionärinnen beigetragen.

Wir erleben mit welcher ideologischen Härte die Arbeitgeber zur Zeit versuchen, den mainstream für sich zu nutzen und mit welcher materiellen Gewalt sie dabei sind, die gewerkschaftliche Durchsetzungsstärke massiv zu beschädigen.

In fast allen Tarifbereichen wird ver.di konfrontiert mit der Forderung der Arbeitgeber nach Arbeitszeitverlängerung. Wenn wir nicht organisiert dagegenhalten, d.h. gemeinsam zur Gegenwehr übergehen, wird dieser Kampf nicht zu gewinnen sein. Unsere Mitgliederbasis wird sich von ihrer Gewerkschaft entfernen, wenn sie erleben muss, dass wir nur halbherzige Widerstandsaktionen gegen materielle Verschlechterungen organisieren.

Auch deshalb:

Einkommen sichern – Arbeitszeitverlängerung verhindern.

Das sind die zentralen Forderungen für die nächste Tarifrunde.

Mit kollegialen Grüßen

für den Koordinationskreis der ver.di-Linken

Helmut Born	(Mitglied des Präsidiums des Landesbezirksvorstandes NRW)
Wolfgang Zimmermann	(Vorsitzender des Bezirks Rhein-Wupper, NRW)
Thomas Böhm	(Vorsitzender des Bezirks Stuttgart, Baden-Württemberg)
Bernd Riexinger	(Geschäftsführer des Bezirks Stuttgart, Baden-Württemberg)
Eva Dockerill	(Bezirk Kiel-Plön, FB 3, Nord)
Klaus Engert	(Landesbezirk Bayern)
Manfred Weiss	(Mitglied des Vorstandes des Bezirks Regensburg, Bayern)
Bernt Kamin	(Vorsitzender LFB 11, Hamburg)
Ulrich Peter	(Mitglied des Präsidiums des LFB 3, Berlin-Brandenburg)